Inhalt

	Einleitung: Wandel und Kontinuitäten	9
	Kein Abschied vom Soldaten	11
	Verspannungen	12
	Schatten der Vergangenheit	13
	Permanente Reformen	15
	Nur im Bündnis	16
	Politisch-militärische Kultur	17
1	Die militärische Vergangenheit	21
	Vorläufer Preußen	22
	Preußische Militärreformen	23
	Blut und Eisen	25
	Totaler Krieg	26
	Die Reichswehr als Reichsverweser	28
	Nationalsozialismus und Wehrmacht	31
2	Vorbereitung	37
	Entmilitarisierung	39
	Weltpolitischer Klimawechsel	41
	Vorbehalte im In- und Ausland	44
	Deutscher Wehrbeitrag zur europäischen Verteidigung	47
	Kontakte, Probleme, Beratungen	50
	Die Himmeroder Denkschrift	53
	Das Paradox, das keines war	54

3	Aufbau und Unbehagen	57
	Die ersten Jahre der jungen Bundeswehr	57
	Das große Unbehagen: Anfangsprobleme, Pannen und Skandale	60
	Der schwierige Minister	66
4	Eine neue politisch-militärische Kultur	71
	Demokratische Kontrolle	72
	Innere Führung und Staatsbürger in Uniform	75
	Tradition und Selbstwertgefühl	80
	Bündnisorientierung	82
5	Militärische Aufgaben im Kalten Krieg	85
	Militärische Sicherheit	86
	Landesverteidigung und nukleare Abschreckung	88
	Gleichgewicht des Schreckens	91
	Sicherheitspolitisches Dilemma	94
6	Gegenwind aus der Gesellschaft	99
	Innere Distanz zur Wiederbewaffnung	99
	Anti-Atombewegung	103
	Autoritätskrise	107
	Gegen die Neutronenbombe und den NATO-Doppelbeschluss	111
7	Bundeswehr und Wiedervereinigung	119
	Die Nationale Volksarmee am Ende	120
	Bundeswehr – Armee der Einheit?	123
	Europäische Sicherheit nach 1990	127
8	Runderneuerung	133
	Die Bundesrepublik als »Sicherheitsproduzent«	133
	Die Parlamentsarmee	137
	Kleine Schritte zur Transformation	140
	Reformsprung	148

9	Das Ende der Wehrpflicht	153
	Rückblick auf die Wehrpflicht	153
	Die Wehrpflicht am Ende	157
	Konsequenzen für Bundeswehr und Gesellschaft	159
10	Wieder Krieg, aber anders	163
	Der Afghanistan-Einsatz	164
	Die Bundeswehr und Neue Kriege	170
	Vernetzungen	173
	Auf dem Weg zur europäischen Armee?	176
11	Umbrüche und Fehlentwicklungen	181
	Das paradoxe Jahrzehnt	182
	Das große Knirschen	187
	Toxische Verlockungen	189
12	Zeitenwende 2022	195
	Breites Bedrohungsspektrum	198
	Landes- und Bündnisverteidigung, neu	200
	Das Sondervermögen	201
	Nationale Sicherheitsstrategie	203
	»Eine Riesenherausforderung«	204
	Ausblick	207
	Zäsuren	208
	Wie weiter?	211
	Anhang	
	Die Bundesminister der (bis 1962: für) Verteidigung	217
	Die Generalinspekteure der Bundeswehr	217
	Weiterführende Literatur	221
	Chronologie	226
	Abbildungsnachweis	240
	Der Autor	240



Einleitung:

Wandel und Kontinuitäten

In der Nacht vom 16. auf den 17. Februar 1962 drückte das Sturmtief Vincinette riesige Wassermassen in die Elbe und löste so in Hamburg eine Sturmflut aus. Viele Dämme der Elbe brachen, etwa ein Fünftel des Hamburger Stadtgebiets stand unter Wasser. In den besonders tief gelegenen Gebieten der Stadt zerstörten die Fluten Häuser und Wohnungen. Viele Menschenleben waren in Gefahr. Auf eine solche Katastrophe waren die Behörden nicht vorbereitet. In dieser Situation alarmierte der erst ein paar Monate im Amt befindliche Innensenator Helmut Schmidt die Bundeswehr. Ohne deren Sturmboote, Schlauchboote und Hubschrauber, ohne den Einsatz von Kampftauchern und Soldaten, die bei der Reparatur der Deiche mithalfen, wäre das Ausmaß der Hamburger Flutkatastrophe viel schrecklicher, wäre die Zahl ihrer Opfer viel höher gewesen. Im siebten Jahr nach ihrer Gründung wurde die Bundeswehr und wurden ihre Soldaten wegen dieses Einsatzes in der deutschen Öffentlichkeit zum ersten Mal richtig gefeiert – bezeichnenderweise nicht wegen einer militärischen Heldentat, sondern als Lebensretter und effiziente Katastrophenhelfer.

Gut 35 Jahre später, Ende Juli 1997, drohte ein Hochwasser das Oderbruch in Brandenburg zu überschwemmen. Wären die teilweise schon arg ramponierten Deiche vollends gebrochen, wären Tausende von Menschen gefährdet gewesen. In einer groß angelegten und mitunter hochgefährlichen Hilfsaktion bewahrten 30 000 Soldaten der Bundeswehr gemeinsam mit der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk das Oderbruch und seine Bewohner vor diesem Schicksal. Im siebenten Jahr nach der deutschen Vereinigung bewirkte das »Wunder von Hohenwutzen«, dass die Bundeswehr sich auch im Bewusstsein der Menschen in den »neuen« Bundesländern als Retter und Helfer fest einprägte.



Neue Aufgaben: Registrierung eines Geflüchteten auf dem Gelände des Fliegerhorstes Erding am 12. Januar 2016.

So wichtig und folgenreich diese beiden Einsätze der Bundeswehr im Innern auch waren – primär sind die Streitkräfte für anderes zuständig. Dabei kommt es gar nicht so selten vor, dass Soldaten Aufgaben übernehmen, für die sie eigentlich nicht gedacht sind, die sie aber häufig besser machen als andere. Etwa Anfang 2016: Da unterstützte die Bundeswehr, zeitlich befristet, mit mehreren Tausend Soldaten die Bundesländer und Gemeinden bei der Registrierung, Versorgung, Verteilung und Unterbringung von Asylbewerbern. Oder zwischen März 2020 und März 2022, als ein umfangreiches Hilfskontingent von Soldatinnen und Soldaten in Gesundheitseinrichtungen half, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen.

Solche »zivilen« Tätigkeit ergänzen auch etliche der »eigentlichen«, nämlich der militärischen Missionen der Bundeswehr. In solchen Missionen geht es um Eindämmung gewalttätiger Konflikte, Krisenmanagement sowie Überwachung, Sicherung oder Wiederherstellung von Frieden. Auslandseinsätze der Bundeswehr hat es auch vor 1990 nicht wenige gegeben – sie fanden meist in kleinerem Rahmen statt. Auf so gut wie alle von ihnen passt das Etikett Katastrophenhilfe.

Seit den frühen 1990er-Jahren kamen mehr und mehr militärische Auslandseinsätze hinzu. Die bislang schwierigsten und langwierigsten dieser Einsätze, auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien sowie in Afghanistan, haben das Selbstbild der Bundeswehr und ihr Bild in der

Öffentlichkeit geändert. Blickt man von den Erfahrungen, die deutsche Soldaten bei ihren Einsätzen in Syrien, in Mali und an anderen Konfliktherden der Welt machten, auf die Vorgeschichte und die frühen Jahre der Bundeswehr, wird erkennbar, welch weiten Weg sie durchlaufen hat.

Kein Abschied vom Soldaten

Der Publizist Wolf Schneider hat jüngst eine »Weltgeschichte des Soldaten« über alle Kulturen und Zeiten hinweg publiziert, ein anregendes Buch, an dem nur die Grundthese des Autors irritiert. Er will seine Ausführungen als »Nachruf« verstanden wissen. Die Ära des Soldaten gehe zu Ende. Schon für Hiroshima habe man Soldaten im überlieferten Wortsinn nicht mehr gebraucht. Heute würden die Bomben durch Drohnen ersetzt und die Kämpfer demnächst durch Kampfroboter. Zum Siegen taugten Soldaten längst nicht mehr; stattdessen seien Söldner, Partisanen, Selbstmordattentäter oder menschliche Kampfmaschinen wie die Navy Seals fürs Töten zuständig.

Das ist alles andere als überzeugend und nur dann verständlich, wenn man ein sehr eng gefasstes Bild vom Soldaten und dem Soldatenberuf hat. Jedoch hat sich in der Vergangenheit dieses Bild vom Soldaten immer wieder verändert, beeinflusst von der Waffenentwicklung, den geografischen Gegebenheiten, den Bedrohungskatalogen, der Entwicklung taktisch-operativen und strategischen Denkens sowie nicht zuletzt von den politischen Zielvorgaben für die Streitkräfte.

Als Deutschland 1945 aufgeteilt wurde, schien tatsächlich ein »Abschied vom Soldaten« und von Streitkräften als Mittel staatlicher Politik in der Luft zu liegen. Auch nach der Vereinigung Deutschlands 1990 kam der Gedanke wieder auf. Der flott-ironische Spruch eines Regierungsmitglieds, Deutschland sei »von Freunden umzingelt«, fand viel positiven Widerhall. Besonders in eher links eingestellten politischen Milieus meinten manche, Deutschland könnte künftig auf den Beitrag des Militärs zur Sicherheit des Landes verzichten.

Beide Male kam es ganz anders. Als sich der Ost-West-Konflikt zum Kalten Krieg zuspitzte, waren es zuerst die Besatzungsmächte, von denen der Anstoß zur Aufstellung militärischer Verbände ausging. Und nachdem sich der Ost-West-Konflikt aufgelöst hatte, begann keineswegs das erhoffte Zeitalter friedlicher Kooperation und allseitiger Sicherheit zu niedrigem Preis. Stattdessen stiegen die Erwartungen der Verbündeten und der Vereinten Nationen an

Deutschland, es möge in der globalisierten Welt einen höheren Anteil an der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit übernehmen. Die Bundeswehr wurde daraufhin in einem mühseligen Prozess zu einer Armee umgewandelt, welche die Fähigkeit zur Erfüllung sehr unterschiedlicher Missionen besitzt. Dieser Vorgang ist auch Anfang der 2020er-Jahre noch nicht ganz beendet.

All das läuft überhaupt nicht darauf hinaus, dass Soldaten und Streitkräfte längerfristig überflüssig werden. Eine Ära allumfassenden Friedens ist nicht in Sicht, schön wär's. Und sich selbst lenkende Waffensysteme, Roboter und seelenlose Kampfmaschinen werden auch in Zukunft die Gewaltkonflikte nicht eigenmächtig und automatisch entscheiden können.

Verspannungen

Wenn es um die Bundeswehr geht, stößt man nach wie vor auf eine ganze Reihe von sozialen und politischen Verspannungen. Das betrifft einmal das Verhältnis der politischen Führung zu den Streitkräften, das immer gekennzeichnet war von dem Widerspruch zwischen nüchternen bis pathetischen Bekenntnissen zur Landesverteidigung und zu den Soldaten und dem Drang, beim Militärhaushalt alle Einsparmöglichkeiten auszunutzen. Das hat dazu geführt, dass wir »die kleinste und marodeste Bundeswehr aller Zeiten« haben, wie in einem Kommentar zum Jahresbericht 2015 des Wehrbeauftragten zu lesen war.

Auch das Verhältnis der zivilen Gesellschaft insgesamt und der Öffentlichkeit zur Bundeswehr wies von Anfang an Verspannungen auf. Die Mehrheit der Bevölkerung sah der Wiederbewaffnung in den 1950er-Jahren mit viel Skepsis und inneren Vorbehalten entgegen. Nicht immer nur kleine Minderheiten haben zudem bei allen möglichen Gelegenheiten vehement gegen die Bundeswehr und ihren sicherheitspolitischen Auftrag öffentlich demonstriert. Trotz der schon seit Jahrzehnten beachtlich hohen Zustimmungsraten zur Bundeswehr gibt es bis heute eine gewisse Skepsis und Distanz in der Mitte und Ablehnung am linken Rand des politischen Spektrums. Der frühere Bundespräsident Horst Köhler hat diese eigentümliche Widersprüchlichkeit so auf den Punkt gebracht: »Gewiss, die Bundeswehr ist gesellschaftlich anerkannt; aber was heißt das eigentlich genau? Die Deutschen vertrauen der Bundeswehr, mit Recht, aber ein wirkliches Interesse an ihr oder gar Stolz auf

sie sind eher selten. Noch seltener sind anscheinend der Wunsch und das Bemühen, den außen- und sicherheitspolitischen Wandel zu verstehen und zu bewerten, der da auf die Bundeswehr einwirkt.« Mehr als ein »freundliches Desinteresse« sei das nicht.

Das war in den ersten Jahren des Bestehens der Bundeswehr zeitweise anders. Damals wurde in der Öffentlichkeit über das Profil und das Binnenverhältnis der Streitkräfte mitunter leidenschaftlich gestritten, etwa über die Innere Führung und die Auseinandersetzungen zwischen den eher reformoffenen und den solchen Neuerungen gegenüber eher unwillig eingestellten Offizieren. Dabei ging es um das zeitgemäße Bild des Soldaten, die Bedeutung der deutschen militärischen Traditionen, die Innere Führung, militärstrategische und verteidigungspolitische Fragen sowie die meist unter der Oberfläche bleibende Konkurrenz der Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe.

Schatten der Vergangenheit

Nicht zuletzt wird die Geschichte der Bundeswehr auch durch eine verspannte und eigentümlich halbierte historische Diskontinuität bestimmt. Eigentümlich daran ist vor allem ihr Ursprung in dem tiefen Bruch mit der Vergangenheit. Dieser Bruch von 1945 betraf die ganze Gesellschaft und ihr politisches System, die gesellschaftlichen Eliten ebenso wie die Bevölkerung insgesamt. Er war einschneidend. Die Rede vom politischen und ökonomischen Neuanfang als der »Stunde null« klang unmittelbar überzeugend. Wichtiger Bestandteil dieses Neuanfangs war eine deutliche, nicht nur rhetorische Distanzierung von den rassistischen Vorstellungen und den diktatorischen Politikmustern des Nationalsozialismus.

Zu den Organisationen, die nach 1945 besonders tief im Schatten der Vergangenheit standen, gehörten die Wehrmacht und ihre Angehörigen. Der von den Siegermächten mit viel Druck erzeugte Bruch mit der bösen Vergangenheit wurde von einer Minderheit der Deutschen ohne Einschränkungen begrüßt, von der Mehrheit hingenommen und wiederum einer Minderheit innerlich abgelehnt. Wer weiß, was aus dieser Gemengelage geworden wäre, wenn nicht sehr bald nach dem Tag der totalen Niederlage Deutschlands der weltpolitische Struktur- und Ordnungskonflikt zwischen den westlichen Staaten und der Sowjetunion sich zu verschärfen und die länger andauernde, sicherheitspolitisch gefährliche Phase des Kalten Krieges begonnen hätte?



Brüchige Traditionslinien: Eingangsbereich einer nach dem Wehrmachtsoffizier Erwin Rommel (1891–1944) benannten Bundeswehrkaserne in Augustdorf, Kreis Lippe.

Unter dem Vorzeichen des Ost-West-Konflikts gingen die Kriegshandlungen des Zweiten Weltkriegs in China in einen Bürgerkrieg zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Kuomintang über. In Europa war das anders. Hier teilte eine erst locker kontrollierte, aber dann immer weiter aufgerüstete Grenze (»Eiserner Vorhang«) Europa und Deutschland in eine sowjetisch kontrollierte und eine in der Hauptsache amerikanisch kontrollierte Hälfte. Diese Teilung vollzog sich nicht unmittelbar, aber doch erstaunlich rasch.

Die auf den letzten Kriegskonferenzen der vier Alliierten in Jalta (4. bis 11. Februar 1945) und Potsdam (28. Juli bis 2. August 1945) gefassten Beschlüsse über die Zukunft Deutschlands verloren, weil sich der Kalte Krieg verschärfte, weitgehend ihre gemeinsame Basis. Das hatte für das besiegte Deutschland viele unerwartete Folgen. Auch das Urteil über den »deutschen Militarismus« war davon betroffen. Das »Potsdamer Abkommen« hatte noch die Ausrottung des deutschen Militarismus sowie die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands postuliert. Wer in der Reichswehr und der aufgelösten Wehrmacht gedient hatte, sollte nie wieder deutscher Soldat werden.

Die politische Ost-West-Eiszeit steigerte spätestens seit 1947 die kollektiven Bedrohungsgefühle im Westen. Erst militärische Experten, bald auch Politiker begannen, auf einen militärischen Verteidigungsbeitrag der Deutschen zu dringen. Dazu benötigte man freilich gerade jene Soldaten, die noch

kurz vorher und ohne, dass diese Auffassung gänzlich über Bord geworfen worden wäre, als Bannerträger oder Werkzeuge der nationalsozialistischen Aggression stigmatisiert worden waren. Die neu konzipierte Bundeswehr beruhte einerseits auf einer personellen und militärfachlichen Kontinuität. Andererseits sollte sie viele Versatzstücke aus der militärischen Kultur der Vergangenheit gerade nicht übernehmen. Dieser Gegensatz bewirkte in den ersten drei Jahrzehnten der Bundeswehr eine oft als ätzend empfundene innere Spannung.

Permanente Reformen

Im Rückblick auf die Geschichte der Bundeswehr sticht ins Auge, dass sich die deutschen Streitkräfte nach einer längeren Planungs- und anschließenden Gründungsphase, beide etwas holprig, fast immer im ununterbrochenen Prozess der Veränderung und Anpassung an das politische und militärstrategische Umfeld befunden haben. Dass bei permanentem Druck auf die Organisationsstrukturen und angesichts der entsprechenden Belastungen für die Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr Pannen kaum zu vermeiden waren, ist leicht einzusehen. Außerdem reagieren Menschen, gleichviel ob in Uniform oder in Zivil, auf solche Herausforderungen ganz unterschiedlich, die einen flexibel und den neuen Anforderungen gegenüber aufgeschlossen, viele aber auch eher nervös und widerwillig, mit innerer Reserve oder sogar hinhaltendem Widerstand.

Für längere Konsolidierungsphasen war nie Zeit. Von allen mehr oder weniger einschneidenden Zäsuren in der Geschichte der Bundeswehr war das Jahr der Vereinigung Deutschlands 1990 die tiefste und folgenreichste. Einige Beobachter sprachen davon, die Bundeswehr müsse jetzt noch einmal neu gegründet werden. Das war nur wenig übertrieben. Schon allein die vielen einander ablösenden und jeweils kurzfristig im Vordergrund stehenden Leitbegriffe und -konzepte für Veränderungen in den Streitkräften nach 1990 illustrieren die Ernsthaftigkeit der Herausforderungen: Ressortkonzept (1995), Bestandsaufnahme (1999), Neukonzeption (2004), Transformation (2006), Neuausrichtung (2012), Trendwende (2015). Auch schon vor 1990 gab es Reformen, unter anderem der Wehrstruktur oder des Bildungs- und Ausbildungsbereichs der Bundeswehr, die von allen Beteiligten viel Ausdauer und Geduld forderten.

Nur im Bündnis

Es war von Anfang an klar, dass westdeutsche Streitkräfte keine rein nationale Angelegenheit sein konnten. Erst sollten sie in der »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft« (EVG) einen Beitrag zur Verteidigung des Territoriums der 1949 aus den drei westlichen Besatzungszonen hervorgegangenen Bundesrepublik Deutschland und der westeuropäischen Verbündeten leisten. Nachdem die EVG nicht zustande gekommen war, wurde die Bundesrepublik Mitglied im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis (NATO). Die bestimmende Macht in der NATO waren – und blieben bis in die Gegenwart – die Vereinigten Staaten von Amerika. Die hatten zur Beendigung des Krieges gegen Japan im Sommer 1945 Atombomben eingesetzt. Danach wurden diese Waffen und weitreichende Trägermittel wie Bomber und Raketen im Eiltempo weiterentwickelt. Großbritannien, aber bald auch die Sowjetunion, später dann Frankreich verfügten ebenfalls über Atombomben. Die unvergleichliche Zerstörungskraft dieser Waffen versprach ihren Besitzern einen großen Machtvorteil. Würde aus dem Kalten Krieg vielleicht ein nuklearer Schlagabtausch zwischen Ost und West entstehen? Welche Folgen würde das für Deutschland haben? Die frühen Jahre der Bundeswehr waren nachhaltig beeinflusst von der Entfaltung der amerikanischen Nuklearstrategie der Abschreckung (deterrence) und ihrer nicht völlig widerspruchsfreien Verknüpfung mit der Verteidigung des eigenen Territoriums und dem der NATO-Verbündeten. Das zum Glück virtuell gebliebene nukleare Kriegsbild trat mit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts in den Hintergrund.

Die Bundeswehr wurde in den frühen 1990er Jahren zu einer, wie es im Bundeswehr-Jargon heißt, »Armee im Einsatz«. Sie erfüllte eine Fülle verschiedenster Aufgaben jenseits der traditionellen Landesverteidigung, out of area, also »Auslandseinsätze« zur multinationalen Krisenintervention, überwiegend mit einem Mandat der Vereinten Nationen ausgestattet, in unterschiedlich großen Kontingenten von einer Handvoll bis zu mehreren tausend Soldaten. In den USA hießen solche Aufgaben Military Operations Other Than War (MOOTW), was aber nicht auf alle von ihnen zutraf, denn die Fähigkeit zu Kampf und Kriegsführung wurde auch immer benötigt. Hierin waren die Bundeswehr und ihre Soldaten erst einmal Neulinge.

Spätestens mit der völkerrechtswidrigen Annexion der zur Ukraine gehörenden Krim durch Russland 2014 sowie der von Moskau aus gesteuerten militärischen Aufheizung der Konflikte in den östlichen ukrainischen Verwal-

tungsbezirken Donezk und Luhansk wurde das sicherheitspolitische und militärstrategische Verhältnis zwischen Russland und der NATO konfrontativer. Im Februar 2022 überfielen russische Streitkräfte die Ukraine mit dem von Präsident Putin vorgegebenen Ziel, die Eigenstaatlichkeit der Ukraine zu beenden und deren westlicher Ausrichtung von Politik und Gesellschaft einen geopolitischen Riegel vorzuschieben.

Angesichts der immensen Zerstörungen ukrainischer Städte und der insbesondere für die osteuropäischen NATO-Mitglieder bedrohlichen Situation begann die NATO damit, ihre Verteidigungsfähigkeit auszubauen und der Ukraine militärische Hilfe bei der Verteidigung ihres Territoriums zu leisten. Für Deutschlands Sicherheitspolitik und die Bundeswehr brachte dies eine tiefe Zäsur mit sich. Hoffnungen auf einen europäisch-russischen »Wandel durch Handel« hatten sich als trügerisch erwiesen. Bei der Versorgung mit Gas, Öl und Kohle zeigte die wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland unnachsichtig eigene politische Schwächen auf. Um den expansionistischen Machtanspruch Russlands einzudämmen, musste die Bundeswehr nun schnellstens die angestauten Mängel bei der Bewaffnung und Ausrüstung abbauen. Nach dem jahrzehntelangen und letztlich erfolglosen Einsatz in Afghanistan war unübersehbar geworden, dass die Bundeswehr Deutschlands Sicherheit weniger am Hindukusch oder sonst wo weit weg verteidigen können muss, sondern vor allem an den Grenzen des Bündnisgebietes. Das bedeutete erhöhte militärische Anstrengungen, materiell wie personell.

Politisch-militärische Kultur

1957 traten die ersten Bundeswehrsoldaten ihren Dienst in den Kasernen an. Die Bundeswehr verstärkte in der Zeit des Ost-West-Konflikts als wichtiger Partner in der NATO das Abschreckungs- und Verteidigungspotential des Westens gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt. Trotz etlicher kriegerischer Konflikte in Europa nach 1990 schienen die Grundstrukturen europäischer Sicherheit stabil. Die Bundeswehr beteiligte sich jetzt an zahlreichen multinationalen Missionen der Krisenintervention und Krisenstabilisierung. Spätestens seit dem russischen Überfall auf die Ukraine mit seinen Implikationen für die baltischen und andere ostmitteleuropäische NATO-Mitgliedsstaaten verlagerte sich das sicherheitspolitische und militärische Augenmerk des Westens wieder auf die Landes- und Bündnisverteidigung.



Multinationale Einsätze: Bundeswehrsoldaten halten Wache im Lager Belet Uen in Somalia, 1993.

Neben den vielen Veränderungen, welche der Soldatenberuf, seine politische Rahmung, das Auftragsspektrum, Organisation, Ausbildung und Ausrüstung durchlaufen haben, gibt es freilich auch Kontinuitäten – auch über den historischen Bruch von 1945 hinaus in die militärische Vergangenheit. Das Wechselspiel von Veränderungen und Kontinuitäten ist faszinierend. Es soll in diesem Buch unter vier Gesichtspunkten beschrieben werden: Militär als Sicherheitsinstrument (west-)deutscher Politik, Einpassung der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft, multinationale Eingebundenheit der Bundeswehr seit ihrer Gründung und permanente Organisationsreformen, nicht zuletzt wegen der Veränderungen im militärischen Aufgabenspektrum.

All dies zusammengenommen ergibt eine im Verhältnis zu früher neue politisch-militärische Kultur. Um sie herauszuarbeiten, ist es nötig, die Schilderung der Entwicklung so anzulegen, dass der Blick sich nicht allein auf die Organisationsgeschichte der Bundeswehr, ihre »Firmengeschichte« sozusagen, oder nur auf die strategischen und operativen Aspekte ihrer Entwicklung konzentriert. Ebenso wenig reicht es aus, sich auf das zu beschränken, was im Fachjargon »Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft« genannt wird, aber aus verschiedenen Blickwinkeln ganz unterschiedlich interpretiert werden kann.

Alle oben aufgeführten Aspekte in einer Zusammenschau zu präsentieren, informativ, nüchtern, kritisch, aber auch respektvoll gegenüber den Leistungen der Bundeswehr, ihrer Soldaten, ob als Wehrpflichtige, Soldaten auf

Zeit oder Berufssoldaten, und ihrer zivilen Mitarbeiter, ist das Ziel dieses Buches.

Dabei werden Methoden aus der Geschichtswissenschaft und den Sozialwissenschaften kombiniert. Es geht darum, die gesellschaftliche und politische Vergangenheit systematisch zu erfassen und zu analysieren, also nicht nur die verschiedenen Ereignisse und Abläufe zu schildern, sondern auch die in Gesellschaft und Staat vorherrschenden politischen Weltbilder und Wertprioritäten, kollektiven Bewusstseinsinhalte und Verhaltensnormen sowie ihre Veränderungen über die Zeit herauszuarbeiten – also die *politische Kultur* dieser Gesellschaft, ihr soziales, politisches und kulturelles Profil.

Zur politischen Kultur gehören auch Einstellungen zu und Vorstellungen über Militär und Gewalt, Krieg als Mittel der Politik, zum Verhältnis zwischen der Organisation der Streitkräfte und den übrigen Teilen der Gesellschaft oder zum Sozialprestige des Soldatenberufs. Man kann dieser Unterabteilung den Namen *militärische Kultur* geben. Sie blieb in der Nachkriegsgeschichte immer auf besondere Weise von der internationalen Politik beeinflusst und eng mit ihr verknüpft. Das hat sich heute nicht geändert.

Überblendet man die organisationsinterne, die politisch-gesellschaftliche (nationale) und die internationale Ebene der Bundeswehrgeschichte, entsteht nicht nur ein Bild der Streitkräfte und der Soldaten in ihrer Entwicklung über die Jahrzehnte hinweg, sondern zugleich auch ein aufschlussreiches und vielsagendes Selbstbild der deutschen Gesellschaft und ihrer Vorstellungen über Politik und Sicherheit.